

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1996)

Heft: 3: Kleine Aargauer Gemeinde gegen Stromriese Atel

Artikel: Fische aus dem Lusanersee besser nicht essen!

Autor: Mauch, Ursula

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fische aus dem Lugarnersee besser nicht essen!

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl führte das gewaltige Zerstörungspotential der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie erstmals vor Augen. Nach der Erdölkrisse von 1973 war ein zweiter energiepolitischer Aufbruch angesagt. Expertengruppen gingen an die Arbeit, Initiativen wurden gewonnen und Technologieprogramme gestartet. Von einer eigentlichen energiepolitischen Wende allerdings ist heute wenig spürbar.

Von Ursula Mauch*

Der Frühling 1986 brachte den GAU von Tschernobyl. Die friedliche Nutzung der Atomenergie zeigte plötzlich ihr unfriedliches Zerstörungspotential. Die machbare, kontrollierbare Technik geriet ausser Kontrolle. Seither ist Tschernobyl zum Synonym geworden für das, was Atomenergie den Menschen antun kann.

Die Reaktion im nichtkommunistischen Westen Europas war vielschichtig. Behörden versuchten krampfhaft, den atomenergie-ideologischen Schaden in Grenzen zu halten. "Bitte, keine Panik", hiess es, "bei uns ist alles ganz anders, d.h. besser, sicherer. Trotzdem: Salat bitte gut waschen, Fische aus dem Lugarnersee besser nicht essen." Entlang der deutsch-schweizerischen Landesgrenze wurden auf der einen Seite Salatköpfe zum Verkauf geerntet, auf der anderen ganze Salattfelder wegen zu hoher radioaktiver Kontamination untergepflügt. Im SES-Sekretariat lief das Telefon heiss. Das zeigte, dass die SES einerseits in dieser Situation sehr hohes Vertrauen genoss - zum Teil im Gegensatz zu den überforderten und widersprüchlich agierenden und lavierenden Behörden. Andererseits wurden an uns Fragen gestellt, die wir mit dem besten Willen nicht beantworten konnten. Da Präsident Werner Geissberger schon krank war, bat mich Inge Tschernitschegg in "schwierigen Fällen" um Mithilfe. So fragte z.B. eine junge Mutter, ob ich ihr rate, mit ihren kleinen Kindern

vorübergehend nach Amerika zu fliegen, bis hier alles wieder in Ordnung sei. Die SES erlebte einen wahren

"Eine Mutter wollte mit ihren Kindern nach Amerika."

Schub an Anerkennung und konnte ihre Mitgliederbasis deutlich verbreitern. Trotzdem: Dieses Frühjahr, wäh-

rend den zahlreichen Berichterstattungen über 10 Jahre Tschernobyl und die katastrophalen Langzeitfolgen für unzählige Menschen in der Region um Tschernobyl, habe ich zurückgedacht an unsere "Sorgen" im Westen vor zehn Jahren.

Werner Geissbergers Gesundheitszustand verschlechterte sich und bot wenig Grund zur Hoffnung. Während vier Jahren schon hatte er die SES prädiert und jetzt, wo so viele Ansprüche auf die SES hereinprasselten, musste er von weitem zusehen. Im Dezember des denkwürdigen Jahres 1986 ist Werner Geissberger gestorben. Theo Ginsburg würdigte im letzten E&U von 1986 den



Werner Geissberger präsidierte die SES während vier Jahren. Er starb im Dezember des denkwürdigen Jahres 1986.

* Ursula Mauch amtierte während mehreren Jahren als Vizepräsidentin der SES. Sie ist Chemikerin HTL, Mitglied der Geschäftsleitung von INFRAS und war von 1979–1995 Mitglied des Nationalrates, davon acht Jahre Präsidentin der SP-Fraktion

Präsidenten, Freund und "Streiter für eine bessere Zukunft", wie er ihn nannte. Der Verlust wog für die SES schwer. Unvergessen bleibt Werners philosophische Haltung zur Energie, wie er sie einmal in einem Referat an

"Je mehr mitmenschliche Wärme eine Gesellschaft dem einzelnen gibt, umso weniger Energie braucht sie."

der Hochschule St. Gallen darlegte: "Je mehr mitmenschliche Wärme, je mehr Kontakte und Geborgenheit eine Gesellschaft dem einzelnen zu geben vermag, umso weniger Energie braucht sie."

Der Brand des AKW Tschernobyl war Anlass für die Lancierung von gleich zwei Volksinitiativen zum Thema Atomstrom: die Ausstiegss- und die Moratoriumsinitiative. Auch der Bund sah sich zum Handeln gezwungen. Bundesrat Leon Schlumpf setzte die Expertengruppe Energieszenarien (EGES) ein. Diese sollte herausfinden, ob die Schweiz auf die Atomenergie verzichten könnte und wenn ja, was die Folgen wären. In dieser Expertengruppe war die SES durch ihren neuen Präsidenten

Conrad U. Brunner vertreten. Bei beiden Initiativen arbeiteten zahlreiche SES-Mitglieder tatkräftig mit. Die Unterschriften waren bald beisammen und die Volksbegehren konnten 1987 eingereicht werden.

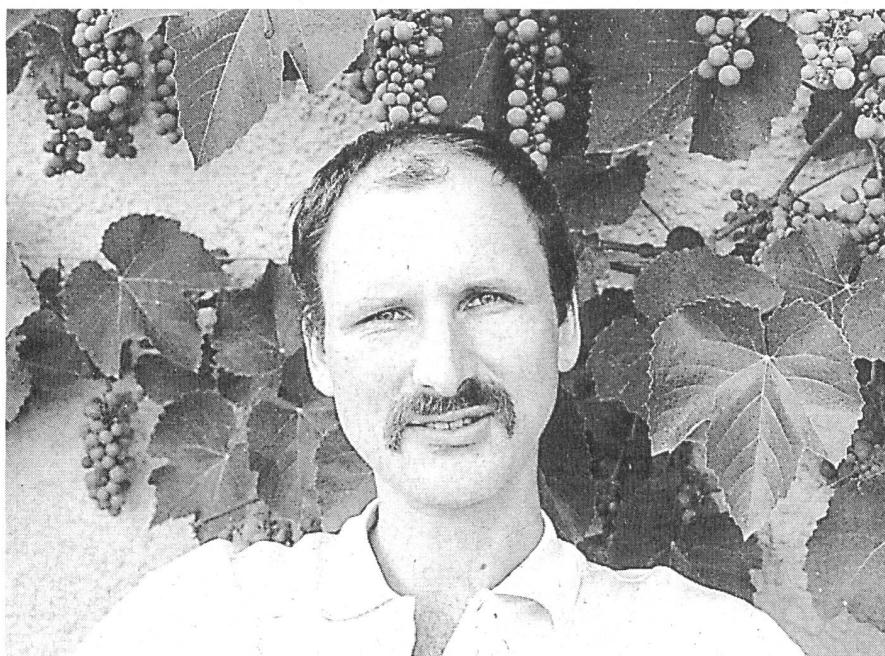
In der EGES ging der altbekannte Hickhack in der AKW-Frage trotz Tschernobyl weiter. Schliesslich traten drei stramme AKW-Befürworter aus der EGES aus, weil die Resultate der Studien nicht dem entsprachen, was sie schon immer wussten, nämlich, dass die Schweiz tatsächlich mit einer Energiepolitik, wie sie von der SES stets vertreten worden war, aus der Atomenergie aussteigen könnte. Einer der EGES-Aussteiger entblödete sich nicht, in (wahrscheinlich via Strompreis bezahlten) Inseraten folgendes von sich zu geben: Nicht die zusätzliche Strahlung aus der Sowjetunion sei das Gefährlichste, sondern die Panikmache der hiesigen AKW-Gegner.

1988/89 konnte die SES zwei wichtige Publikationen herausbringen: Marcos Buser rückte dem "Mythos Gewähr" zu Leibe und schrieb die entlarvende Geschichte der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz. "Gewähr" nach dem Atomgesetz gibt es auch heute noch nicht, aber die Produktion von radioaktivem Abfall geht munter weiter, wie wenn das Gesetz erfüllt würde. 1989 liess sich die Gemeindeversammlung von Würenlingen für ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle (ZWILAG) durch angekündigte Ausgleichszah-

lungen und Steuern von insgesamt Fr. 900'000 pro Jahr milde stimmen und stimmte einem Vertrag zu. In der nachfolgenden Referendumsabstimmung fiel das Resultat mit 707:662 zwar sehr knapp, aber immer noch zu-

"Marcos Buser schrieb die entlarvende Geschichte der Endlagerung."

gunsten des ZWILAG aus. Immerhin schrieb der Verein "Eichlebutzer", der das ZWILAG bekämpft, im E&U vom März '90: "Wenn wir bedenken, dass alle bürgerlichen Ortsparteien inklusive Gemeinderat gegen das Referendum waren, dass namhafte Leute vom Paul-Scherrer-Institut PSI, der Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK und der Hauptabteilung für Sicherheit in Kernanlagen HSK in den Abstimmungskampf eingriffen, dass viele WürenlingerInnen auf irgendeine Art mit der Atomindustrie verhängt sind, und dass schliesslich die Stimmbeteiligung mit 75,1% außerordentlich hoch war, so ist der grosse Neinstimmenanteil zweifellos als Erfolg zu werten. Noch einmal ist es der Atomwirtschaft gelungen, mit



Thomas Flüeler, Geschäftsleiter der SES von 1986 bis 1990:
"Nur prägnante Lösungen machen die Zukunft ohne Atomenergie möglich."



SES-Präsident (1987 bis 1992)
Conrad Brunner war Mitglied der Expertengruppe Energieszenarien (EGES) und Vordenker des Programmes Energie 2000 und des Energiefriedens.

einem finanziellen Köder eine ganze Gemeinde für ihre Absichten zu kaufen. Der Ausgang der «Heimspiele» der Atomlobby ist in Zukunft auch im unteren Aaretal nicht mehr von vornherein klar.” Atompolitische Morgenröte also sogar im Atom-Kernland Aargau!

Die Wellenberger wollen das Zeugs nicht, obwohl auch ihnen finanziell der Speck tüchtig durchs Maul gezogen wurde.

“Warum bohrt die Nagra nicht am rechten Zürichseeufer?”

gen wurde, und obwohl die Gegend alles andere als vor Reichtum strotzt. Oder ist die Geologie dort etwa gerade deswegen so geeignet?

Werner Geissberger hat schon vor vielen Jahren die Frage gestellt, warum denn die Nagra nicht mal Probebohrungen am rechten Zürichseeufer plane ... Im Januar 1989 brachte die SES den Stromreport heraus. Es war bereits der 15. SES-Report und er beinhaltete viele Beispiele für rationelle Elektrizitätsnutzung und -erzeugung. Die technischen Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz wurden durch verschiedene Autoren anschaulich

dargestellt. Dass es an der Umsetzung mangelte ist, unter anderem bis heute, auf die viel zu tiefen Energiepreise zurückzuführen. Nach wie vor können bekanntlich alle externen Kosten des Energieverbrauchs ungestraft externalisiert werden. Auf dieses Grundübel in der Energiepolitik hat die SES immer und immer wieder aufmerksam gemacht.

Thomas Flüeler, Geschäftsleiter der SES und Herausgeber des Stromreports, machte aber auch auf viele Lücken im weiten Feld der möglichen Energienutzungen und Ernergieerzeugungsanlagen aufmerksam. Trotzdem stellte er fest: “Wir sind zur Auffassung gelangt, dass im Bereich Elektropolitik nur prägnante, anwendbare Lösungsversuche die Zukunft ohne Atomenergie und ohne importierte, französische Elektrizität möglich machen.”

1990 war ein energiepolitisches Jahr par excellence. Das Parlament lehnte zu niemandes Überraschung beide Initiativen ab und legte statt dessen einen Energieverfassungsartikel vor. Die denkwürdige Abstimmung, in welcher sich die SES stark engagierte, fand am 23. September 1990 statt. Der zuständige Bundesrat Ogi zog gegen die beiden Initiativen alle Register. Nicht nur die Ausstiegs-Initiative bringe das Aus für AKW, sondern auch die Moratoriums-Initiative sei ein “Erster Schritt zum Ausstieg” verkündete das Bundesbüchlein vor der Abstimmung. Nach

der knappen Ablehnung der Ausstiegs- und der Annahme der Moratoriumsinitiative herrschte bei der SES Riesenjubel. Der Bundesrat jedoch machte rechtsumkehr und stellte umgehend fest, dass “die Annahme der Moratoriumsinitiative nicht als Auftrag zu einem Ausstieg interpretiert werden könne”. Quasi als Nebenprodukt wurde auch der Energie-Verfassungsartikel hoch an-

“Zahlreiche AKW-GegnerInnen wurden bespitzelt und ficiert.”

genommen. Die Regierung ortete Handlungsbedarf. Bereits am 2. Oktober konnte der SES-Präsident Brunner bei Bundesrat Ogi vorschreiben und Vorschläge für das weitere, energiepolitische Vorgehen unterbreiten. Diese wurden unterstützt von verschiedenen parlamentarischen Vorstößen durch SES-Mitglieder. Diese Aktionen führten zum Programm Energie 2000 und zu dem, was Conrad Brunner als “Energiefrieden” bezeichnen wollte.

Viel Aufregung in der SES brachte die Veröffentlichung des PUK-Berichtes 1989, als klar wurde, dass

zahlreiche Personen im Kreise der AKW-Gegnerinnen und -Gegner bespitzelt und fichtiert worden waren. Die Teilnahme an Kundgebungen und Tagungen, das Unterzeichnen von Appellen und Initiativen, alles, was der politischen Rechten nicht passte, war aus Gründen des Staatsschutzes registriert worden. Demokratische Rechte wurden mit Füßen getreten. Die SES beschloss daher, dem Komitee "Schluss mit dem Schnüffelstaat" beizutreten. Heute, im siebten Jahr nach der PUK, bahnt sich heimlich, still und leise der Staatsschutz wieder seinen Weg. Kritische Wachsamkeit ist also so wichtig wie eh und je, denn die Mentalitäten im Staatsschutz haben sich nicht gewandelt.

Drei Wochen nach der denkwürdigen Moratoriumsabstimmung habe ich an den SES-Präsidenten Conrad Brunner geschrieben: "Etliches muss nun rasch passieren, Aufbruchstimmungen pflegen relativ rasch zu verfliegen." Die Initiierung des Programms Energie 2000 löste zwar dank der finanziellen Abfederung durch den

Nach der Tschernobyl-Katastrophe lief bei Inge Tschernitschegg das Telefon heiß.



an die Wand gemalt. Als 1990 die Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Bern mit einem vernichtenden Umweltbericht zum gigantischen Grimsel-West Staumauerprojekt an die Öffentlichkeit trat, ernstete sie von den Kraftwerken Oberhasli KWO scharfe Kritik. Dabei hatte die Annahme der Rothenturm-Initiative 1987 ganz klaren Signalcharakter: Die Moorlandschaft "Sunnig Aar" oberhalb des bestehenden Stausees gilt als Moorlandschaft von nationaler Bedeutung. Diese unter Wasser zu setzen, würde den gesamten, in der Verfassung begründeten Moorschutz in Frage stellen. Das ficht die Stromwirtschaft nicht an. Wurde in früheren Jahren Grimsel-West noch mit drohenden Stromlücken begründet, heisst es nun seit einiger Zeit, der Riesenstausee wäre ein idealer AKW-Mühleberg-Ersatz.

Grimsel-West ist eines von vielen Beispielen, wie die Elektrowirtschaft seit Jahrzehnten sowohl für ökologische als auch für ökonomische und

Beginn der 90er Jahre zunehmend überschattet von wachsender Arbeitslosigkeit. Die Wachsamkeit und der Einsatz der SES bleiben aber bitternotig: Einige Diskussionen zum Thema Energiepolitik im Rahmen des Wahlkampfes

"Die Rezession ist der Grund für unser vorbildliches Klimaverhalten."

1995 für den Nationalrat und für den Ständerat zeigten überdeutlich auf: In der Energiewirtschaft herrscht noch weitgehend dieselbe Dinosauriermentalität wie zur Zeit der Gründung der SES! Das wundert all jene nicht, welche einen Blick auf das "andere Stromnetz" werfen, welches Conrad Brunner 1988 gezeichnet hat. Die Vernetzung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft mit bauenden und planenden Unternehmen und ihren Banken ist total. Zahlreiche Parlamentsmitglieder sitzen in zahlreichen Verwaltungsräten von Stromunternehmen und wissen, was sich politisch gehört. Wie sagte doch Brecht so treffend: Zuerst das Fressen und dann die Moral. Heute heisst's: Zuerst die Rendite und dann die Umwelt und die Arbeitskräfte. Ob wohl das Wort Nachwelt etwas zu tun hat mit dem Wort Nachsehen?

"In der Energiewirtschaft herrscht immer noch dieselbe Dinosauriermentalität."

Bund vieles aus. Energie 2000 brachte aber keine eigentliche energiepolitische Wende. Nach wie vor wird in unserem Land Energie im Übermass ineffizient genutzt.

Daran änderte auch der Erdgipfel der UNO 1992 in Rio de Janeiro wenig. Nachhaltige Entwicklung wurde zwar proklamiert und den Klimaschutz schrieben sich Dutzende von Ländern auf die Fahne, so auch die Schweiz. Die Stabilisierung des CO₂-Ausstosses auf dem Stand von 1990 bis zum Jahr 2000 erkaufen wir uns aber billig: Die rezessive Wirtschaftslage trägt die Hauptschuld an unserem "vorbildlichen" Klimaverhalten.

Nach wie vor wird auch an überraschenden Projekten festgehalten, welche die SES seit Jahren bekämpft, und werden Stromlücken als Menetekel irgendwann im nächsten Jahrtausend

"Aufbruchstimmungen pflegen rasch zu verfliegen."

energiepolitische Einsicht und Vernunft unzugänglich ist. Gigantomanie ist alles, haushälterischer Umgang mit allen Ressourcen ist nichts. Umwelt- und Energieprobleme werden seit